

Pressekontakt:

Jascha Engelhardt
Tel.: 06131 / 208 3021
Mobil: 0170 / 324 8445
E-Mail: jascha.engelhardt@fdp.landtag-rlp.de

Die FDP-Fraktion im Internet:

fdp-fraktion-rlp.de
[instagram.com/fdp_fraktion_rlp](https://www.instagram.com/fdp_fraktion_rlp)
x.com/FDPFraktionRLP

Pressemitteilung

Nr. 04/2026 - Mainz, den 28.01.2026

Landtag debattiert über Recht auf Teilzeit

Steven Wink: Vorschläge aus der CDU sind nur noch zum Kopfschütteln

Mainz. Der rheinland-pfälzische Landtag hat am heutigen Mittwoch über Vorschläge aus der CDU zur Einschränkung von Teilzeitarbeit debattiert. Dazu sagt der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Steven Wink:

„Die Vorschläge aus der CDU zur Einschränkung sind nur noch zum Kopfschütteln. Sie gehen völlig an der Lebensrealität von Millionen von Menschen vorbei. Menschen arbeiten in Teilzeit, damit sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen. Das als Lifestyle zu bezeichnen, ist eine Frechheit. Was soll denn die alleinerziehende Mutter machen, wenn die Kita nachmittags geschlossen hat oder die Schule kein Ganztagsangebot macht? Gar nicht mehr arbeiten gehen und ein Fall für die Sozialsysteme werden?“

Man fragt sich inzwischen wirklich, was in der CDU los ist. Die Partei ist politisch völlig blutleer. Ständig werden die Menschen in Deutschland als zu faul abgestempelt. Aus Sicht der Konservativen seien sie zu oft krank, zu viel in Teilzeit oder leisteten zu wenig Wochenstunden. Was hat die CDU für ein Bild unserer Gesellschaft?

Statt ständig auf die ganz normalen Menschen in der Republik herabzuschauen, sollte die Union in der Bundesregierung endlich wirksame Reformen auf den Weg bringen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Glaubt denn tatsächlich jemand, dass wir wirtschaftlich immer weiter abgehängt werden, weil Beschäftigte in Teilzeit arbeiten? Das ist grotesk.

Deutschland braucht wirtschaftliches Wachstum. Finanzielle Belastungen müssen abgebaut werden, unsinnige Bürokratie muss weg, und die Unternehmen im Land brauchen endlich eine bezahlbare Energieversorgung. Stattdessen geht es in Berlin nur noch darum, welche Steuern und Abgaben als nächstes erhöht werden können. Diese Art der Politik ist fatal.“